

Die Novemberrevolution ohne Führung



Norbert Nelte



Die Novemberrevolution ohne Führung

- Norbert Nelte -

1994

Am 9. November 1918 ergriffen die Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland die Macht. Der Kaiser floh nach Holland, und damit war die 1.500jährige Geschichte der deutschen Monarchie durch die Arbeiter beendet worden. Dennoch konnte die Bourgeoisie die Revolution danach in ihr Fahrwasser lenken. Die Arbeiter hatten nur wenige Tage die Macht - als Arbeiterrevolution blieben die Novembertage unvollendet.

Die Novemberrevolution ist neben unzähligen anderen Arbeiteraufständen ein Beleg dafür, daß die Arbeiter ihre historische Aufgabe immer wieder erfüllt haben und dann aber die politisch-theoretische Führung außer in der russischen Revolution von 1917 versagt hat. Im Fall der deutschen Revolution von 1918 hatte die SPD nicht nur versagt, sie war gar nicht Willens zum revolutionären Akt. Dieses Beispiel wird von Kommunistenfeinden immer wieder dafür angeführt, daß jede auch anfangs gutmeinende kommunistische Gruppe, dann, wenn sie zentralistisch aufgebaut ist und einen Massenanhang bekommt, verbürokratisiert und ihre ursprünglichen Ideen verraten wird.

Die Anfänge der SPD

Demgegenüber muß aber klargestellt werden, daß die SPD von Anfang an keine revolutionäre Partei gewesen war. Das heißt natürlich nicht, daß eine Bürokratisierung revolutionärer Parteien absolut auszuschließen wäre. Natürlich gibt es auch die Stalinisierung der Kommunistischen Parteien von außen durch das Eingreifen der herrschenden russischen Klasse, die eigene ökonomische Interessen entwickelte. Beachtet man aber die Grundsätze des Kommunismus, daß die Führung der kommunistischen Partei jederzeit abwählbar ist, daß sie der Parteidisziplin unterliegt und daß sie nicht mehr als einen Facharbeiterlohn verdienen darf, daß sie als Avantgarde sich in der Praxis und in der Theorie - der gesamten Erfahrung der bisherigen Arbeiterbewegung - schult, so ist doch eine spätere Verbürokratisierung sehr unwahrscheinlich.

Mit dem Aufkommen der Bourgeoisie wuchs auch die Arbeiterklasse. Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Europa die ersten Arbeiterstreiks (Lyon 1831, Chartisten). In Deutschland beteiligten sie sich an den bürgerlichen Aufständen von 1848. Es gab erste Arbeiterzirkel.

Die SPD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland) wurde 1875 in Gotha durch zwei Gruppen gegründet, den Lassalleanern (ADAV = 15.000 Mitglieder) und den Eisenachern (SDAP / Bebel und Liebknecht = 9.000 Mitglieder).

Marx sieht bereits in seiner Kritik an dem Gründungsprogramm der SPD, daß sozialistische Ideen ihr schon damals fremd waren:

*»Die deutsche Arbeiterpartei ... zeigt, wie ihr **die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief** sitzen, indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staats (oder künftigen, für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen "geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen" besitzt.«¹*

¹ Karl Marx: "Kritik des Gothaer Programms", 1875, in MEW, Bd. 19, Berlin 1972, S. 28

Die SPD forderte »mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat«². Einmal ist der Staat nicht "frei", sondern Instrument der herrschenden Klasse, auch der Arbeiterklasse, und zum Zweiten kann der Arbeiterstaat auch nicht "mit allen gesetzlichen Mitteln" erkämpft werden, sondern nur mit allen ungesetzlichen. Im Hinblick auf die typisch kleinbürgerliche Forderung nach »Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe« stellt Marx fest, »daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht«³.

Das reformistische Programm der SPD entstand auch nicht erst bei ihrer Gründung. Schon die beiden Gründungsorganisationen waren kleinbürgerlich-reformistisch. Sie verstanden sich mehr als Arbeiterbildungszirkel denn als Kampforganisationen. Die Führung bestand aus intellektuellen Bildungs- oder Kleinbürgern wie Kneipenwirten.

Lasalle, der schon immer im Streit mit Marx betont hatte, daß der Sozialismus über den friedlichen Kampf im Parlament zu erreichen sei, schrieb:

»...wie wahr es ist, daß sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt ... und wie sehr er daher ... geneigt sein würde ... in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem - freilich sehr unwahrscheinlichen - Schritt entschließen könne, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus dem Königstum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.«⁴

Die Eisenacher sahen ihren Bündnispartner nicht im König von Gottes Gnaden, sondern in der liberalen Bourgeoisie. »Bebel und Liebknecht waren erbitterte Gegner des preußischen Führungsanspruchs... Anders als Lasalle hielten sie auch ein Zusammengehen mit liberal-demokratischen Teilen des Bürgertums für möglich.«⁵

Der Historiker Klönne kommt bei der Betrachtung der beiden Gründungsgruppen zu einem ähnlichen Schluß wie schon Marx zuvor: »An eine "revolutionäre" Lösung im Sinne des späteren kommunistischen Konzepts der "Diktatur des Proletariats" dachten weder Lasalle noch Bebel und Liebknecht«⁶

Bereits 1870/71, zu Beginn des deutsch-französischen Krieges⁷, stimmten alle »sozialdemokratische Abgeordnete verschiedener Organisationszugehörigkeit im Reichstag des Norddeutschen Bundes außer Bebel und Liebknecht für die Bewilligung von Kriegskrediten.« Also geschah dieser Verrat an den Nationalismus nicht erst 1914.

Durch Bismarcks Sieg und den Aufbau der deutschen Nation durch den Absolutismus, lösten sich die bürgerlichen Kräfte im Lager Bismarcks auf. Das Konzept der Eisenacher von der Arbeiterbewegung als einem Teil der liberalen Bewegung war somit nicht mehr möglich. Die "Arbeiterpartei" SPD wurde nicht deshalb gegründet, weil die Arbeiter eine von der Bourgeoisie unabhängige Partei benötigten, sondern deshalb, weil die liberale Bourgeoisie - da Bismarck selber die deutsche Nation aufbaute - überflüssig wurde und als Bündniskraft nicht mehr existierte.

² Nach Marx, ebda., S. 24

³ Ebda., S. 26/27

⁴ Lasalle: Brief an Bismarck, nach Klönne: "Die deutsche Arbeiterbewegung", S. 46

⁵ Klönne, S. 47

⁶ Ebda. S. 48

⁷ Ebde. S. 49

Marx hatte sich nie aktiv an der SPD-Parteiarbeit beteiligt und hielt zu der Führung immer einen kritischen Abstand. Einige revolutionäre Phrasen der SPD-Gründer bringen die meisten Marxisten heute dazu, sie in ihren Anfängen als eine revolutionäre Partei zu sehen, die dann später degeneriert sei. Alle wichtigen Revolutionäre bis hin zu Lenin orientierten sich an der "Wiege" der Arbeiterbewegung und sahen zu wenig den Verrat, der schon von Anfang an der SPD-Theorie innewohnte.

Der spätere "Verrat" der SPD und der Kniefall der 1916 von ihr abgespaltenen zentristischen "Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (USPD) kam somit auch nicht überraschend. Die Gründung der SPD wurde zugelassen, weil sich Bismarck mit ihr einen Ordnungsfaktor schaffen wollte und auch schuf. »Vor 1870 haben die Mobilmachungen [Aufgebote zum Krieg] an nicht wenigen Orten oft nur mit Gewalt durchgesetzt werden können.«⁸ Somit wurde der Ordnungsfaktor innerhalb der Arbeiterklasse für den Kaiser notwendig und man fand ihn in der SPD.

Und nach der Gründung trat der Reformismus immer offener zu tage. Zwischendurch rückte die SPD mal kurz nach links, wie z.B. direkt nach dem Erlaß des "Sozialistengesetzes", dem »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« als sie 1880 auf dem Parteitag in Weyden das Wörtchen "gesetzlich" aus dem Programm strich. Aber immer noch strebte sie den "freien" Staat an, die Sozialdemokratie hatte also den Marxismus und seine Theorie über den Staat dennoch nicht verstanden.

Nachdem Bismarck die Arbeiter mit den Sozialversicherungsgesetzen (1883 - 1889) köderte, traten die Rechten bereits wieder in den Vordergrund.

»In ihrem 'Züricher Manifest' warfen Bernstein, Schramm u.a. der Partei vor, daß sie nicht "ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Oktobergesetzes" (gemeint ist das Sozialistengesetz) sei, "denn sie hat den Haß der Bourgeoisie in unnötiger Weise vermehrt... Je ruhiger, sachlicher, überlegter sie (die Partei) also in ihrer Kritik der bestehenden Zustände und ihren Vorschlägen zur Abänderung derselben auftritt, um so weniger kann der jetzt (bei der Einführung des Sozialistengesetzes) gelungene Schachzug wiederholt werden, mit dem die bewußte Reaktion das Bürgertum durch die Furcht vor dem roten Gespenst ins Bockshorn gejagt hat.«⁹

Vorerst konnte diese Strömung sich nicht durchsetzen. Aber der Name Bernstein sollte der deutsche Arbeiterklasse noch eindringlich genug in den Ohren klingen.

Die SPD wurde von der herrschenden Klasse von Anfang an als bremsender Faktor der Arbeiterklasse eingesetzt. Dies zeigt auch, daß die Arbeitermassen nicht von sich aus angepaßt und patriotisch waren.

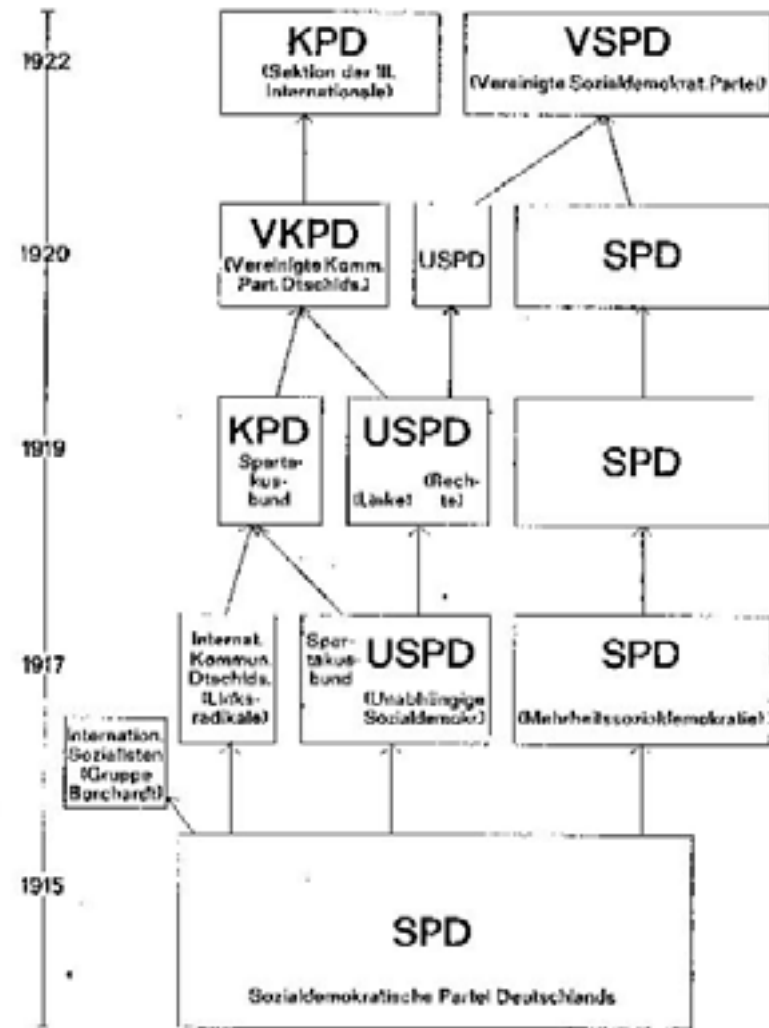
Der 1. Weltkrieg

Die SPD mußte also die patriotische Stimmung 1914 mit angeheizt haben, anders kann sich der plötzliche Umschwung bei den Massen zum Hurra-Patriotismus nicht erklären. Schon vor der Jahrhundertwende verteidigte die SPD den Imperialismus an sich und prangerte nur die Exzesse an. Sie hoffte, den Imperialismus zähmen zu können. 1910-12 bekämpfte die SPD (auch Kautsky) die Linke, die die Massenstreikwellen vorantreiben wollten. Im November 1914 stimmte sie bis auf Karl Liebknecht für die Kriegskredite und rief zur Verteidigung des Vaterlandes auf.

⁸ Prof. Dellbrück in den Preußischen Jahrbüchern , September 1914 (nach KK, Nr. 65, Seite 12)

⁹ Aus "**Wurzeln der deutschen Arbeiterbewegung**", SAG, Ffm , Seite 40

Die politischen Richtungen
innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung nach dem 1. Weltkrieg



Die "Internationalen Sozialisten" (IS) und die "Internationalen Kommunisten Deutschlands / Linksradi-kale" (IKD) trennten sich während des Krieges von der SPD. Der "Spartakusbund" (SB), noch in der SPD gegründet, trat der 1917 gegründeten USPD bei. Die IKS und der SP gründeten vom 30.12.1918 bis 1.1.1919 die KPD, der sich 1920 die Linken der USPD anschlossen.

Schema nach H. Weber: "Von Luxemburg bis Ulbricht", Seite 21

»Im März 1915 stimmten neben Liebknecht bereits auch Otto Rühle gegen die Kriegskredite. Im Juni 1915 unterschrieben 1.000 oppositionelle Funktionäre der SPD (Sekretäre, Redakteure, Vertrauensleute) einen von verschiedenen Richtungen der Opposition gebilligten Protestbrief gegen die Burgfriedenspolitik der Parteiführung, und am 19. Juni 1915 traten Haase, Kautsky und Bernstein mit einem "Das Gebot der Stunde" überschriebenen Protest der Mehrheit an die Öffentlichkeit. Im März 1916 spaltete sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. 18 Abgeordnete unter Haase, Ledebour und Dittmann bildeten die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.«¹⁰

1916 brach die Nahrungsmittelversorgung zusammen. Erste Massenstreiks fanden statt. Der Ruf nach Beendigung des Krieges wurde lauter. In diesem Klima spalteten sich Ostern 1917 die Linken um Kautsky als USPD mit 300.000 von insgesamt 1.000.000 Mitgliedern ab. Rosa Luxemburg verblieb in der USPD mit ihrer kleinen Spartacusfraktion, die im April 1915 noch in der SPD gegründet worden war. Sie erhoffte sich, so den Kontakt zu den Massen behalten zu können und mit der Spontaneität der Massen die Zentristen um Kautsky zum revolutionären Handeln zu bringen, wobei sie weniger Illusionen in Kautsky hatte als Lenin. Daß aber schon 1915 eine andere Taktik möglich gewesen war, zeigte die "Revolutionäre Linke": *»1915 bestand die revolutionäre Linke in Bremen nur noch aus 15 Leuten und traf sich nur privat. Im Winter 1915/16 konnte sie bereits Versammlungen mit über 1.100 Besuchern abhalten und offen gegen den Krieg argumentieren.«¹¹* Dennoch war 1918 die Zahl der unabhängigen Revolutionäre nicht wesentlich größer und man konnte auch nicht schon vorher wissen, daß 1918 der Spartacusbund nur 2.000 Mitglieder zählen würde. Rosa erhoffte sich durch ihre Taktik sicher mehr. 1994, nur im Nachhinein, können wir das Ergebnis sehen und sagen, daß das lange Verbleiben in der SPD nicht zu dem von Rosa erhofften Erfolg des Aufbau einer starken revolutionären Strömung unter dem Druck der kämpfenden Arbeitermassen führte.

Im Januar-Februar kam es zu Munitionsarbeiterstreiks in Berlin. 4 - 5.000 Arbeiter legten in diesen Tagen die Arbeit nieder. Der Funke sprang auf ganz Deutschland über. Am 28. Februar traten die Delegierten der Betriebe zusammen. Die Streikleitung wurde erweitert und in "Arbeiterrat" umbenannt, in die auch u.a. Ebert und Scheidemann von der SPD gewählt wurde.

»Gegen ihre Wahl gab es starken Widerspruch. Rufe "Kaiserlakaien!" ertönten. Man wußte, daß Ebert der Haupttreiber gewesen war beim Ausschluß jener Reichstagsabgeordneten, die sich der Fraktionsdisziplin nicht länger beugen wollten und die Kriegskredite ablehnten. Das instinktive Mißtrauen gegen Ebert sollte sich als berechtigt erweisen.

Jahre später gestand Ebert im berühmten Magdeburger Prozeß, daß er nur in die Streikleitung gegangen sei, um die Kontrolle über die Arbeiter zu behalten: Er hätte von vornherein die Absicht gehabt zu bremsen, den Streik nicht zu einem Erfolg werden zu lassen.«¹²

Welcher Sozialdemokrat will da noch den Verrat der SPD leugnen?

¹⁰ Hermann Weber: "Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht", Seite 17

¹¹ 'Klassenkampf' Nr. 65, Frankfurt 1988, Organ der SAG (Sozialistische Arbeitergruppe), Seite 13

¹² Retzlaw: "Spartacus", Seite 77

Im Sommer versucht das Kaiserreich, wissend, daß es sich nicht mehr lange gegen den äußeren und nun auch gegen den inneren Feind würde halten können, in einer verzweifelten Offensive seine Haut zu retten. Das Ergebnis war eine noch verzweifeltere Situation. Staatssekretär Hintze schlug vor, um die Revolution von unten zu verhindern, die rechten SPD-Führer Ebert und Scheidemann in die Regierung mit aufzunehmen. Im Oktober 1918 wird ein Reformministerium gegründet.

Der Vorwärts (Zentralorgan der SPD) schreibt:

»Das Ziel einer deutschen Demokratie wird in kurzer Zeit auf dem Wege der friedlichen Umwälzung erreicht sein. Dann tritt die gewaltige Frage der weltwirtschaftlichen Neuordnung an uns heran, und der Sozialismus wird seinen Vormarsch antreten. Jetzt kommt alles darauf an, daß von dem, was uns bleibt, nichts überflüssig zerstört und vernichtet wird. Wir dürfen uns nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern nur von der klaren Erkenntnis dessen, was unserem schwergeprüften Volk not tut... Not tut ihm die Vermeidung alles dessen, was nur zu altem Unglück neues Unglück fügt.«¹³ Also die revolutionäre Machtübernahme der Arbeiter.

Der Spartacusbund stellt angewidert fest:

»Das historische Schicksal dieser Ministerien der zwölften Stunde ist auch stets dasselbe: sie sind durch ihre innere Halbheit und ihren inneren Widerspruch mit dem Fluche der Ohnmacht beladen. Das Volk empfindet sie instinktiv als einen Schachzug der alten Mächte, um sich am Ruder zu erhalten. Die alten Mächte mißtrauen ihnen als unzuverlässigen Dienern ihrer Interessen. Die treibenden Kräfte der Geschichte, die das Reformministerium erzwungen haben, eilen alsbald über dasselbe hinaus. Es rettet nichts und verhindert nichts. Es beschleunigt und entfesselt nur die Revolution, der es vorbeugen soll.

...Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende deutsche Arbeiter enden.«¹⁴

Wie recht sollten die Genossen um Rosa Luxemburg bekommen. Vom Verrat der Sozialdemokraten war es kein großer Schritt mehr zu dem meuchelmordenenden Blut-Noske¹⁵.

Mehr und mehr Soldaten desertierten. Unter dem Druck der Steiks und Demonstrationen mußte am 23. Oktober Liebknecht freigelassen werden.

Die Novemberrevolution

Um die endgültige Niederlage und die Fahnenflucht der Massen abzuwenden, wurde der Flotte befohlen, noch einmal gegen die Briten auszulaufen. Die Matrosen wurden in den sicheren Tod geschickt. 80.000 von ihnen meuterten und viele wurden verhaftet. Fünf Tage später demonstrierten Tausende Matrosen und Hafendarbeiter für ihre Freilassung. Die Regierung gab Schießbefehl und erschoss 9 Demonstranten. Am nächsten Abend kam es zu einer Massenversammlung in Kiel mit 20.000 Leuten. Der erste Matrosenrat mit Karl Artelt an der

¹³ "Spartakusbriefe", Nachdruck Berlin 1958, Seite 465

¹⁴ ebda., Seite 464 und 467

¹⁵ Siehe dieser Artikel, Seite 16

Spitze wurde gegründet. In den nächsten 2 Tagen ergriffen die Räte in Wilhelmshaven und Cuxhaven die Macht. Am 5. November fiel Hamburg durch eine Demo von 40.000 und am 6. ganz Nordwestdeutschland.



Am 8. November ergriff die Bewegung Berlin. Die revolutionären Vertrauensleute riefen zum Generalstreik auf, der in allen Berliner Großbetrieben befolgt wurde. Das Kaiser- Alexander-Regiment rückte zur Niederschlagung der Bewegung aus, schloß sich aber den aufständischen Massen an. Nachdem die Massen marschierten, schloß sich auch die SPD dem Generalstreik nach der Devise an: sich erst an die Spitze setzen um dann zu bremsen. Am 9. November floh der abgesetzte Kaiser Wilhelm und Friedrich Ebert (SPD) wurde vom kaiserlichen Kabinett zum Kanzler erklärt, der dessen Geschäfte »im Rahmen der Reichsverfassung (der kaiserlichen)« weiter führte. Außer den neuen Staatssekretären Scheidemann und Landsberg bat Ebert sämtliche Staatssekretäre des alten Kabinetts, ihre Geschäfte weiter zu führen.

Um eine weitere Eskalation zu verhindern, setzte der als Kompromiß im Oktober 1918 vom Kaiser eingesetzte Regierungschef Prinz Max von Baden den **"Rat der Volksbeauftragten"** ein, bestehend aus drei rechten SPD'lern (Ebert, Scheidemann und Landsberg) und 3 USPD'lern, von denen Haase und Dittmann zum rechten Flügel gehörten. Barth war der einzige "linke" USPD'ler, die insgesamt keine Vorstellung hatte über die zu treffenden Maßnahmen für die Revolution. Dieser von oben gegründete Rat wird am 10. November von 3.000 Delegierten der Berliner Arbeiterräte nach kontroversen Debatten derart akzeptiert, daß sie nur einen

"Vollzugsausschuß" wählen, der den "Rat der Volksbeauftragten" zu kontrollieren hat. Obwohl es schon klar war, daß die SPD nur in dem Rat vertreten war, um die Bewegung wieder mal zu bremsen¹², wurde sie mit übergroßer Mehrheit durch die revolutionären Arbeiter bestätigt. Der Staatsapparat blieb unangetastet. Die Berliner Arbeiter sind zwar bewaffnet. Es wird aber von dem Vollzugsausschuß abgelehnt, Rote Garden zu gründen, die ein Machtmittel der Revolution gegenüber den Freikorps hätten bilden können.

Eine unabhängige Militärorganisation der Arbeiter wäre in dieser Situation wie immer in einer Revolution von Nöten gewesen, da das Militär weiterhin nicht von dem aus Delegierten der Arbeiterräte bestehenden "Vollzugsausschuß" kontrolliert wurde, sondern dem von "kaiserlichen" Reichskanzler Ebert und dem kaiserlichen Kriegsminister Scheuch gegründeten "Aktionsausschusses der Groß-Berliner Truppen" unterstellt wurde. Dieser Aktionsausschuß behauptete, daß er von Vertretern der Berliner Truppen gebildet wurde. Die unabhängigen Soldatenräte durchschauten aber diese Lüge und verhinderten erst einmal die weitere Existenz dieses Ausschusses. Sie selber waren aber nicht so revolutionär, daß sie die Regierung "von oben" weiter in Frage stellten. Ebert stützte sich hauptsächlich auf die Soldatenräte, um seine Macht zu etablieren. Der Vollzugsausschuß, hinter dem die Arbeitermassen standen, hatte keinen Einfluß auf das Militär, keine eigenen Truppen (außer zeitweise denen von dem linken Polizeipräsidenten Eichhorn geführten 3.000 Milizionäre und 5.000 Matrosen der "Volksmarine-Division) und konnte daher viel beschließen, seine Beschlüsse aber nicht durchsetzen.



Vom 16. - 21. Dezember wurde auf dem ersten Rätekongreß in Berlin die Frage nach der Staatsform diskutiert (298 Delegierte = SPD, 101 = USPD, 25 = Demokraten - Liberale). Die SPD setzte sich mit ihrer Vorstellung durch, die Entscheidungen der am 19. Januar 1919 zu wählenden verfassungsgebenden Nationalversammlung zu übertragen (344 dafür, 98 dagegen). Sie setzte diese für die Genesung der Wirtschaft voraus:

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird angesetzt erhalten.

Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Rachwegung und Zwang zwängen 1918 den Übergang zur Republik

Die alte Devise der SPD:

Erst nach vorne drängeln, dann bremsen.

»Nun gibt es aber, wie die Dinge sich entwickelt haben, eine Voraussetzung, damit wir wieder produktionsfähig werden. Das ist nur möglich, wenn unser staatlicher Mechanismus, der einigermaßen in Unordnung geraten ist, wieder richtig funktioniert, wenn wir eine Zentralgewalt im Reiche bekommen, die in der Lage ist, den inneren und äußeren Zerfall des Reiches aufzuhalten. Nur eine starke Zentralgewalt ist in der Lage, die auseinanderstrebenden Teile des Reichs wieder an das Reich zu fesseln; nur sie kann dafür sorgen, daß die Glieder im Innern wieder zu einem richtigen Zusammenarbeiten gelangen. Aber eine starke Zentralgewalt kann nur dann sicheren Halt und eine starke moralische Autorität haben, wenn sie auf dem festen und breiten Fundament des allgemeinen Volkswillens aufgebaut ist.«

Die Arbeiter- und Soldatenräte dagegen waren

»nur eine Notwendigkeit, von der wir nur nicht einsehen können, daß sie eine dauernde Einrichtung bleiben müssen...In jedem Fall drücken die Arbeiter- und Soldatenräte nur einen Teilwillen, niemals aber den Willen des ganzen Volkes aus.«

Daß die SPD und die rechten in der USPD mit Sozialismus und Arbeitermacht schon damals nichts zu schaffen hatten, sondern mehr mit liberalen Volkstümlern, die sich immer wieder, weil die widerstrebenden Interessen im Volk letztlich nicht zu vereinbaren sind, dem Kapital unterordnen, zeigen auch ihre Referate und Resolutionen zur Sozialisierungsfrage. Rudolf Hilferding, USPD-Mitglied, sprach das "ja, aber heute nein" der Sozialdemokratie hierzu deutlich aus:

»Es ist ein tiefes und tragisches Verhängnis, daß wir zur Macht kommen, in dem Augenblick, wo das Erbe, das wir anzutreten haben, verwüstet und ruiniert ist. Besitzlos, wie das Proletariat während der ganzen kapitalistischen Ära gewesen ist, besitzlos tritt es auch in die neue Zeit ein ... Das Problem der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist dann auch schwierig, wenn wir in einem Zeitpunkt zur Macht gekommen wären, wo die Wirtschaft in voller Blüte gewesen wäre.«

Vor lauter Schwierigkeiten fand ein Sozialdemokrat dann folgenden Schluß:

»Wir kommen also zu dem Schluß, daß wir versuchen müssen, uns, unter Ausnutzung der Macht, die wir erobert haben (!) mit der kapitalistischen Produktion abzufinden.«¹⁶

Die Arbeitermassen auf der Straße fanden sich aber nicht mit dem Kapital ab und radikalisierten sich unter dem Einfluß der revolutionären Propaganda. Im Januar 1919 überlegte sich die Regierung gar, Berlin aufzugeben. In der Zwischenzeit hatte der Generalstab mit Unterstützung rechter Offiziere verlässliche Freikorps aufgebaut. Sie provozierten die Massen mit der Absetzung des linken und beliebten Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn. Die am 31.12.1918 gegründete KPD rief zu einem friedlichen Protest auf. Ihr Einfluß war aber noch zu gering, als daß sie die aufgebrachten Massen hätte zurückhalten können in die Falle zu gehen, wie die Bolschewiki dies in den Julitagen von 1917 getan haben.

Einige Hundert Arbeiter besetzten dennoch den "Vorwärts" und die Bahnhöfe. Liebknecht, Ledebour und Pieck ließen sich von den Massen mitreißen und proklamierten die provisorische Machtübernahme des von ihnen gegründeten "revolutionäres Komitees". Die große Mehrheit der Arbeiter war aber, wie Rosa Luxemburg richtig sah, noch lange nicht reif für eine endgültige

¹⁶ Alle Kongreßbeiträge: "Protokolle" in Klönne, "Die deutsche Arbeiterbewegung", S. 173, 174 und 176

Machtübernahme, besonders die außerhalb Berlin. Die unerfahrenen, ungeduldigen Genossen liefen in das offene Messer der Bourgeoisie. Die Regierung stellte die Erhebung der Berliner Arbeiter als einen Putschversuch der KPD dar und mobilisierte unerfahrene sozialdemokratische Arbeiter und Soldaten zu Massenversammlungen und ließ die republikanischen Truppenteile die Ordnung wiederherstellen.



Um den revolutionären Mut endgültig zu brechen, ließ die SPD zusätzlich unter der Führung ihres Mitgliedes Noske die Freikorps in Berlin einrücken und organisierte ein blutiges Pogrom gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Mit dem Mord an Luxemburg und Liebknecht wurde die revolutionäre Linke auch ihrer theoretischen Führer beraubt; die kurzen Novembertage fanden mit dem Anfang des Aufstiegs der SPD an die Macht ihr blutiges Ende.

Partei oder Basis?

Nun kommen die Arbeiterfeinde und behaupten, daß die Massen ihre historische Aufgabe 1918 nicht eingelöst hätten, daß sie also mit ihrem "Warenfetischismus" auf die Bourgeoisie hereingefallen sind und immer wieder hereingefallen werden und die "Progressiven" sich deshalb nie auf sie stützen könnten.

Dem kann man nur entgegen, daß die Massen nur die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen politisch-theoretischen Alternativen zu wählen. Und die gab es nicht. Die KPD wurde erst während der Revolution im Dezember gegründet. Im reißenden Strom wechselt man nicht das Pferd. Die USPD hatte keinen Willen, die Arbeiter zur Macht zu führen. Sie sprach zwar ständig von "Revolution", aber in der Stunde der Entscheidung kuschte sie vor der SPD. Der Vorsitzende der revolutionären Berliner Obleute Richard Müller schrieb über die zentristische USPD:

»Die Partei hatte seit ihrer Gründung niemals Stellung genommen zu Fragen, die ein Aufstand oder gar ein Umsturz auf die Tagesordnung stellen mußten. Dessen ungeachtet hatte es an Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel der Partei, dem Spartakusbund, nicht gefehlt. Dabei wurden wohl auch grundsätzliche und taktische Fragen des revolutionären Marxismus berührt, aber was nach der Eroberung der politischen Macht geschehen mußte, das war ungeklärt geblieben. Niemand konnte wissen, wo die Mehrheit der Partei stand, ob zur Demokratie und damit bei den Rechtssozialisten oder zur Diktatur des Proletariats...

Wie die Dinge lagen, konnte die U.S.P.D. die Regierung allein nicht bilden. **Sie war stark gewesen als Oppositionspartei gegen den Krieg; in der Revolution war sie nur ein schwacher Faktor.** Als Oppositionspartei hatte sie durch ihr Wirken die Revolution kräftig vorbereiten helfen, als politische Partei in der Revolution wirkte sie nicht nur hemmend, sondern gab der anderen sozialistischen Partei die Kraft zur gegenrevolutionären Politik. Während des Krieges war sie durch die Verhältnisse und durch die revolutionären Kräfte in ihren Reihen, vor allem durch die revolutionären Obleute, vorwärts gepeitscht worden, ihre rechtsstehenden Mitglieder wagten nicht zu opponieren. Nach dem Umsturz peitschten die Linken, aber die Rechten hielten nicht mehr still. Um nach außen eine geschlossene und starke Partei zu zeigen, gab sie revolutionäre Phrasen und Gesten von sich, machte aber praktisch eine opportunistische Politik.«¹⁷

Durch die opportunistische Politik der USPD war es daher für die Massen schwer zu erkennen, daß die SPD gar keine Arbeitermacht wollte. Wer hier versagt hatte, waren die "linken" verbalradikalen Führer, nicht die Massen.

Die Lehre daraus kann nur sein, nichts darauf zu geben, was einer verbal oberflächlich fordert, sondern zu überprüfen, ob diese Forderungen auch stimmig mit seiner gesamten Theorie und sonstigen Forderungen sind. Anders kann er sonst vor sich, seinen Anhängern und den Massen logisch seine Forderungen nicht begründen und die Triebkräfte durchschauen und wird versagen müssen, auch wenn er besseren Willen hätte.

Die Stimmigkeit von Theorien können aber nicht die Massen spontan überprüfen. Das ist die Aufgabe der Führung und die war leider noch bis hin zu Lenin voller Illusionen.

Wenn die Theoretiker daraus ihre Lehren ziehen würden, wie sie Lenin gezogen hatte, daß die spontane Kraft der Massen zur Entlarvung der Sozialdemokratie nicht ausreicht und eine unabhängige revolutionäre Organisation notwendig ist, die keinen Opportunismus wie die Halbmarxisten an den Tag legen, sondern mehr auf die logische Geschlossenheit ihrer Theorie Wert legen werden, erst dann werden sie den Massen den Weg zur Revolution weisen können.

In diesem Zusammenhang stellt sich für uns heute die Frage so: Gut, wir Marxisten wissen, daß die SPD von Anfang an reformistisch war. Die Massen hatten aber über diese Frage Illusionen, aber die haben sie auch heute noch. Also müßten wir heute den gleichen Prozeß durchführen wie damals Rosa Luxemburg auch und aus der SPD heraus die Massen ansprechen.

Dem ist aber unbedingt zu entgegnen, daß der Unterschied zwischen heute und damals nicht bei den Illusionen der Massen, sondern bei den Illusionen der Führung liegt. Das, was Marx noch klar war, (z.B. der Reformismus der SPD) war bereits bei Lenin leicht verschwommen.

¹⁷ Richard Müller: "Die Novemberrevolution, Bd. II", Berlin 1979, Seite 30 und S. 31

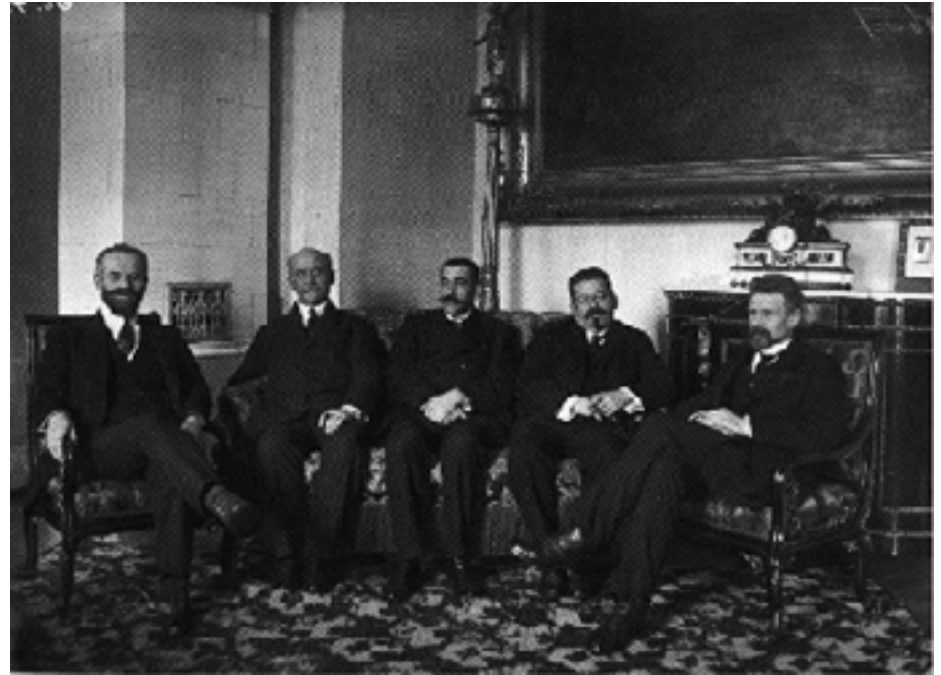
Obwohl er den Opportunismus der eigenen Reformisten früh und scharf erkannt hatte, hielt er z.B. in "Was Tun" Kautsky für die »wichtigste Autorität für das Thema dieser Arbeit«¹⁶ und schrieb 1906: »Die fortgeschrittenen russischen Arbeiter kennen Karl Kautsky seit langen als ihren Schriftsteller...«¹⁸.

Luxemburg selber hatte die SPD viel kritischer gesehen, dennoch gelang es ihr nicht, rechtzeitig mit den Revolutionären, die ja auch noch Hoffnungen nach einer starken revolutionären Strömung innerhalb des Reformismus hegten, zu fraktionieren. Luxemburg hegte noch lange Hoffnungen, die konsequenten Revolutionäre in der SPD und später in der USPD um sich sammeln zu können. Sicher trug sie zu den Illusionen bei, indem sie schrieb, daß die spontane revolutionäre Klasse die rechten Bürokraten hinwegfegen werde.

Aber auch ohne diese Hoffnungen wäre die Geschichte damals nicht viel anders ausgegangen. Die objektiven Bedingungen waren leider noch nicht reif. Die treue Leninsche Organisation, die "Bremer Linksradikele", die spätere IKD (Internationale Kommunisten Deutschlands - Linksradikele), die schon viel früher den unabhängigen Kurs gefahren hatten, waren bei dem Zusammenschluß in der KPD viel kleiner als der Spartakusbund, weil damals noch fast alle Revolutionäre glaubten, auf dem Weg durch die SPD schneller zum Erfolg zu kommen.

Heute aber können wir zurückblicken auf wertvolle mannigfache Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die unbewußten Massen haben noch weiter Illusionen in die SPD, nicht aber die bewußten Revolutionäre. Das ist der Unterschied. In der SPD finden sich heute als Jusos höchstens Zentristen. Die Revolutionäre sind dort nur Einzelkämpfer und haben 1994 schon meistens aufgegeben. Den Schritt von Luxemburg zu wiederholen, wäre ein großer Fehler. Heute müssen wir von Anfang an den unabhängigen Kurs fahren. Auch wenn man in Phasen des Aufschwunges zeitweise Entrismus ausübt, muß man immer aktiv auf eigenen Füßen stehen und eine solche Taktik nur mit dem Ziel der Unabhängigkeit durchführen. Der Einfluß der Spontaneität der Massen auf die Theorie darf nicht überschätzt werden. Genauso darf aber ihr Wille zur revolutionären Tat nicht unterschätzt werden. Die Arbeiter halten weltweit den Klassenkampf momentan auf kleiner Flamme. Daraus aber den Schluß zu ziehen, sie wären zur revolutionären Tat nicht mehr fähig, hieße, die Menschheit aufzugeben. Die Arbeiter sind 1914, aufgehetzt durch die Chauvinisten aller Länder, mit Hurra in den Krieg gezogen. 1918 aber haben sie das alte Regime ins Wanken gebracht. Genauso plötzlich können sie heute auftauchen und dann muß die Intelligenz wie 1917 in Rußland ihre historische Aufgabe erfüllen und die Partei mit der richtigen Theorie bereit stehen und nicht über das "rechte" Bewußtsein der Arbeiter lamentieren.

¹⁸ Tony Cliff: "Studie über Rosa Luxemburg", ISO 1994, Seite 30



***Da sitzen sie,
zufrieden über ihren Verrat.
Ebert, Noske und Co.***